

Knapp vor dem Bankrott

Puerto Rico ist das Griechenland der USA

Europa hat ein Griechenland-Drama, die USA ein Puerto-Rico-Debakel. Die Problematik ähnelt sich.

von Krim Delko
30.6.2015



Während sich die ganze Welt mit Griechenland beschäftigt, steht Puerto Rico ebenso vor dem finanziellen Kollaps.
(Bild: Ricardo Arduengo / AP)

Die Währungsunion bangt um ein Mitglied, das seine Schulden nicht zahlen kann. Man könnte meinen, dass solche Dinge nur den Europäern passieren. Doch auch die Amerikaner haben ihr Drama mit maroden Teilstaaten. Dort ist es Puerto Rico, das offenbar am Rande des finanziellen Kollapses steht. Die Karibikinsel ist zwar kein offizieller Gliedstaat der USA, doch sie ist als sogenanntes Commonwealth trotzdem eng mit den USA verbunden. Der politisch Verantwortliche Alejandro García Padilla nennt sich wie in den Gliedstaaten Gouverneur.

Padilla hat ein turbulentes Wochenende hinter sich. Seine Insel hat mit rund 75 Mrd. \$ Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt bei weitem die schlechtere Bilanz als alle amerikanischen Gliedstaaten. Puerto Ricos Bonität hängt ähnlich wie diejenige Griechenlands weniger von der eigenen Zahlungsfähigkeit ab als vielmehr von der Bereitschaft anderer, als Bürge dazustehen. Doch die Situation hat sich in den letzten Tagen verschärft, und Padilla hat offen von der Möglichkeit eines Bankrottes gesprochen. Es besteht also die Möglichkeit, dass Puerto Rico tatsächlich die Zahlungen an die Kreditoren einstellt oder zumindest stark kürzt. Am Montag ist es daher zum Absturz bei den langfristigen Bonds von Puerto Rico gekommen.

Aus Sicht der Anleger sind amerikanische Gebietskörperschaften wie Gliedstaaten, Gemeinden oder Städte eigentlich sehr sicher. Sie dürften in den meisten Fällen aus rechtlichen Gründen nicht bankrottgehen. Insofern rechnen die Anleger mit der Hilfe von Washington, falls wirklich kein Geld mehr vorhanden ist.

Doch die Situation ist eben nicht so einfach. Es ist in der Vergangenheit zu Bankrotten gekommen. Orange County in Kalifornien ist in den neunziger Jahren diesen Weg gegangen und die Stadt Detroit erst kürzlich. Das Problem mit Gebietskörperschaften, die nicht bankrottgehen können, ist, dass sie ihre Lage nie verbessern. Im Gegenteil, die Korruption und die Verschwendung nehmen sogar noch weiter zu, zumal die Beteiligten ja wissen, dass sie im Notfall immer auf die Hilfe des Finanzministeriums in Washington zählen können. Um diese Selbstgenügsamkeit zu untergraben, haben in letzter Zeit zahlreiche Politiker die Möglichkeit von solchen Bankrotten angesprochen. An der Wall Street sind solche Gedanken allerdings nicht gut angekommen, zumal die Anleger mit diesen Bonds eigentlich kein Risiko eingehen möchten.

Die Lage ist insofern problematisch, als so auch gute Schuldner nicht mehr zu Krediten kommen könnten. Schulen, Polizei und andere öffentliche Dienstleistungen kommen so zu kurz, was die angespannte Lage im öffentlichen Bereich in vielen Teilen des Landes noch verschärfen könnte. Demgegenüber steht das Argument, dass Politiker die Disziplin der Kapitalmärkte brauchen, um ihren Haushalt in Ordnung zu halten. Wenn man ihnen einen Blankocheck ausstellt, dann passieren eben Dinge wie dieser Tage in Puerto Rico.

Das Schicksal der Bonds von Puerto Rico ist damit noch lange nicht geklärt. Wie üblich in solchen Fällen werden Hedge-Funds wohl irgendwann die Bonds kaufen und dann im Fall eines Bankrottes vor Gericht ihre Forderungen stellen. Klar ist, dass sich die Anleger auf eine Fortsetzung des Finanzdramas einstellen müssen. Das gilt sowohl für Puerto Rico als auch für Griechenland.